



CSU-Klausurtagung

LIVESTREAM SEEON: Auftaktstatements von Dobrindt und Söder zur CSU-Klausurtagung

Nach den mutmaßlich von Asylbewerbern begangenen Angriffen auf Passanten haben sich in Amberg offenbar rechte Bürgerwehren formiert. Die NPD gilt als Drahtzieher der Aktionen. Die politischen Stimmen zu den Vorfällen mehren sich.

Die beschauliche bayerische Stadt Amberg steht nach den mutmaßlich von Asylbewerbern verübten Angriffen auf Passanten nicht still: Offenbar haben sich rechte Bürgerwehren in der Stadt formiert. Es seien im Stadtgebiet patrouillierende Gruppen beobachtet worden, sagte Ambergs Oberbürgermeister Michael Cerny (CSU) der „Mittelbayerischen Zeitung“ (<https://www.mittelbayerische.de/bayern-nachrichten/die-npd-patrouilliert-in-amberg-21705-art1735157.html>).

Die NPD Nürnberg veröffentlichte auf ihrer Facebook-Seite Fotos, die vier Menschen in Schutzwesten dabei zeigen, wie sie durch Amberg ziehen.

Die Polizei prüft derzeit die Berichte. Ein Polizeisprecher sagte am Donnerstag, entsprechende Auftritte in sozialen Medien seien bekannt. Konkrete Hinweise auf Patrouillen, Demonstrationen oder dergleichen habe er aber nicht.

Am Samstagabend waren in der oberpfälzischen Stadt zwölf Menschen attackiert und verletzt worden, ein 17-Jähriger wurde wegen einer Kopfverletzung stationär ins Krankenhaus aufgenommen. Gegen vier Beschuldigte im Alter von 17 bis 19 Jahren wurde Haftbefehl erlassen. Sie stammen aus Afghanistan, Syrien und dem Iran. Nach Angaben der Polizei standen die Tatverdächtigen unter Alkoholeinfluss, als sie die Passanten attackierten.

„Die Sicherheitslage in Amberg ist gut“

Oberbürgermeister Cerny sagte zudem, er habe eine Mail an die Polizei weitergeleitet, die er zuvor geschickt bekommen habe. „Darin hieß es, sie wollen Späher nach Amberg schicken.“ Über den Absender äußerte sich Cerny nicht.

Der Bürgermeister zeigte sich „schockiert“ über die Reaktionen auf die Gewalttat. „Ich kann die Verunsicherung, wie ich sie in manchen Reaktionen von Ambergern sehe, durchaus verstehen, aber dieser Hass und die Gewaltandrohungen, die nun aus der ganzen Republik kommen, gehen mir zu weit.“ Eine rechte Szene gebe es in Amberg nicht. Einzelne Rechte seien bekannt und hätten beispielsweise an

rechten Demonstrationen wie in Chemnitz teilgenommen. Auch habe die AfD in der Stadt stärkere Ergebnisse. Laut Internetseite der Stadt kam die AfD bei der Landtagswahl auf 13,1 Prozent der Zweitstimmen.

Die AfD-Landtagsfraktionschefin Katrin Ebner-Steiner hatte angekündigt, an diesem Donnerstagnachmittag nach Amberg kommen zu wollen, „um sich ein Bild von der Lage in der Stadt“ zu machen. Unter anderem seien Gespräche mit der Polizei und Bürgern geplant.

Der Polizeisprecher sagte, es seien keine Protestaktionen angemeldet oder bekannt. „Die Sicherheitslage in Amberg ist gut.“ Das habe auch die schnelle Festnahme der Tatverdächtigen am Samstag gezeigt. In Amberg gebe es genügend Polizisten; eine genaue Zahl nannte er nicht.

Staatssekretär Mayer fordert Konsequenzen

Nun mehrten sich auch die [politischen Stimmen zu den Vorfällen \(/politik/deutschland/article186449750/Amberg-und-Bottrop-Bundesregierung-verurteilt-die-Attacken.html\)](/politik/deutschland/article186449750/Amberg-und-Bottrop-Bundesregierung-verurteilt-die-Attacken.html): Der Staatssekretär des Bundesinnenministeriums, Stephan Mayer (CSU), sagte der [„Passauer Neuen Presse \(https://www.pnp.de/nachrichten/bayern/3186853_Stephan-Mayer-CSU-zu-pruegelnden-Jugendlichen-Gastrecht-verwirkt.html\)“](https://www.pnp.de/nachrichten/bayern/3186853_Stephan-Mayer-CSU-zu-pruegelnden-Jugendlichen-Gastrecht-verwirkt.html), derartig brutale körperliche Übergriffe und Gewaltexzesse seien sehr ernst zu nehmen, nicht hinnehmbar und müssten unnachgiebig verfolgt werden.

Während Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) bereits Vorschläge für schärfere Abschieberegeln angekündigt hat, warnen Grüne, FDP und Linke vor einer Überreaktion und mahnen stattdessen eine konsequente Umsetzung der bestehenden Regelungen des Ausländerrechts an.

Mayer sagte nun der „Passauer Neuen Presse“: „Wer als Asylbewerber straffällig wird, insbesondere wenn er sich Straftaten gegen Leib und Leben, gegen das Eigentum oder die sexuelle Selbstbestimmung zuschulden kommen lässt, hat sein Gastrecht verwirkt und muss

Deutschland umgehend verlassen.“ Der „Bild“-Zeitung sagte der CSU-Politiker, es müsse zur Regel werden, Straftäter während oder spätestens unmittelbar nach ihrer Haftzeit konsequent abzuschicken. „Gewalttäter sollten zum Schutz der Bevölkerung auch unter maximale Kontrolle gestellt werden können – zum Beispiel durch Residenzpflicht, Meldepflichten und elektronische Fußfesseln.“

Abschiebungen der Tatverdächtigen derzeit nicht möglich

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) wies am Mittwoch darauf hin, dass aktuell die Abschiebung in keinem der Amberger Fälle rechtlich möglich sei. „Wir setzen alle Hebel in Bewegung, um das zu ändern.“

Bei einem der Tatverdächtigen handelt es sich nach Angaben Herrmanns um einen noch minderjährigen Afghanen, bei dem das Bundesamt für Asyl und Flüchtlinge (BAMF) ein Abschiebungsverbot ausgesprochen habe. Man habe das Amt am Mittwoch gebeten, das Abschiebungsverbot nach Möglichkeit zu widerrufen. Bei zwei weiteren Tatverdächtigen handelt es sich demnach um zwei volljährige Afghanen, deren Asylverfahren noch laufen. Damit sei eine Abschiebung derzeit rechtlich nicht möglich.

Der vierte Tatverdächtige sei ein seit dem 30. Dezember 2018 volljähriger Iraner, der nach Ablehnung seines Asylantrags seit Februar 2018 ausreisepflichtig sei. Sein Abschiebungsverfahren sei bereits in Gang. Bisherige gescheiterte Abschiebungen in den Iran allerdings häufig an fehlenden Pass- oder Passersatzpapieren, erläuterte Herrmann. Er machte keine Angaben, ob dies auch für den Fall des Mannes aus dem Iran gelte.

Lesen Sie alles Wichtige rund um Politik – im täglichen **Newsletter** der WELT.

AFP/dpa/cba

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/186477096>